

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat drei Mark 20 Pf. (halbjährlich 12 Mark); durch die Post bezogen monatlich 2 Mark (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-2. / Geschäftsstelle und Expedition: Winterbahnstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 555, Emil Sehliger-Schriftleitung: Dresden-2, Winterbahnstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang **Mittwoch, den 19. Januar 1927** Nummer 15

Für die Politik des Friedens und der proletarischen Verteidigung

Aus der Rede des Gen. Bucharin auf der XV. Moskauer Gouvernements-Partei-Konferenz

Wir wissen offen und demonstrativ jene Politik festsetzen, die wir jetzt betreiben haben, die Politik des Friedens. Unsere heutige Stellung haben wir in einer Reihe von Verträgen bewiesen, aber die ich früher gesprochen habe, von Verträgen über das Unterlassen von Angriffen. Unsere Friedenspolitik hat sich im höchsten Ausmaße durch unsere friedliche Stellung im Konflikt mit Japanismus auf der China-Spahn bewiesen. Wir können offen erklären, daß wir Japanismus, der es gewagt hätte, sich in ein schändliches Abenteuer gegen die Sowjetunion einzulassen, ohne weiteres hätten erdrücken können, wenn wir dies nur gewollt hätten. Wir wollten dies nicht, wir taten dies nicht, wenn auch unter dieser die größte Zurückhaltung notwendig war. Auch in diesem Falle haben wir durch unser Verhalten zum jenseits werten Male gezeigt, daß wir eine Friedenspolitik betreiben haben und betreiben werden.

Es versteht sich, daß unsere Friedenspolitik durchaus nicht unsere Sympathien für jegliche Bewegung ausschließt, sondern im Gegenteil diese Sympathien voraussetzt. Wir wiederholen es immer wieder, daß wir stets für die Arbeiterparteien der ganzen Welt eintraten und eintreten werden. Wir glauben an die mächtigen revolutionären Kräfte der westlichen Völker. Wir glauben an die revolutionären schöpferischen Kräfte jener ungeheuren Bewegung, die in China vor sich geht.

Wir können sagen, daß der Kampf der Weltkräfte, der Kampf der Hauptkontrahenten, der Hauptpartner an dem großen weltweiten Zusammenstoß jetzt in eine höhere Entwicklungsphase getreten ist.

Ihr werdet euch daran erinnern, Genossen, daß wir in den Augenblicken des höchsten Heldentums und der größten Verklärung des Siegerkrieges und der Intervention uns in einem weltweiten Zusammenstoß im Kampf befanden. Freilich unterließen wir auch damals das westeuropäische Proletariat, es fand sogar eine ganze Reihe von Revolutionen statt, die auf den höchsten Wege stehen blieben. Aber die heutige Lage ist dadurch gekennzeichnet, daß wir trotz der teilweise stabilisierten Lage in einer Reihe größer westeuropäischer Länder und in Amerika ein Zusammenstoß zweier gewaltiger geschichtlicher Tatsachen vor uns haben; die eine von ihnen ist der Wiederaufbau der Sowjetrepublik zu einer höheren Phase dieses Aufbaues, der sogenannten Periode des Wiederaufbaues, da wir die Grundlagen einer neuen Technik legen, ein Umstand, der die Rolle eines gewaltigen Faktors der Stärkung des internationalen proletarischen Kampfes spielt. Diese neue Entwicklungsphase anderer Revolutionen tritt mit einem gewaltigen weltgeschichtlichen Ereignis zusammen, mit der großen chinesischen Revolution, über die jeder von euch in den Zeitungen liest und von der er mit der größten Spannung verfolgt, wie sich ihr Schwung von Tag zu Tag, von Monat zu Monat hebt. Die britischen Imperialisten haben nach China Panzergeschiffe geschickt, sie haben dort ihre Matrosen entsandt, sie haben bewaffnete Kräfte dorthin geschickt, sie haben sich bemüht, die Kantongregierung durch Schmeicheleien zu gewinnen. Aber jetzt sehen sowohl ganz Europa wie auch die ganze Welt, wie die chinesischen Volksmassen die britischen Imperialisten aus China verjagen, und sogar von den Territorien der „gebildeten“ Kolonien, wie die chinesischen Arbeiter mit der Wunde imperialistischer Gewalttäter Abrechnung halten, die sich bemühen, die sich entwickelnde chinesische Revolution zu erdrücken; wir sind überzeugt, wir sind voll Hoffnung, daß die 400 Millionen Ahnende Volksmasse Chinas letzten Endes auf ihrem Wege alles Alte, alles Häuerliche, alles Imperialistische hinwegwischen wird. (Beifall.)

Es hat sich also der Kampf der revolutionären Kräfte gegen die Kräfte des Imperialismus um einige Stufen höher gehoben, trotz der teilweise stabilisierten Lage einer ganzen Reihe kapitalistischer Länder. Und nun, Genossen, da wir vor den Augen eine solche Lage haben, müssen wir uns von neuem die Frage stellen: Ist jetzt eine Intervention oder ein Krieg gegen uns möglich? Auf diese Frage antworten wir: Man bereitet den Krieg vor. Wir wissen nicht, ob der Krieg in der nächsten Zeit stattfinden wird oder nicht, aber wir wissen bestimmt, daß er vorbereitet wird. Als Gegenmaßnahme zu dieser Vorbereitung des Krieges werden wir vor allem unsere Friedenspropaganda verstärken. Wir wissen sehr gut, daß der zwischen uns und der kapitalistischen Welt möglicherweise stattfindende große Kampf letzten Endes nicht so sehr durch die Kräfte der Kriegstechnik, wie durch die Stimmung der „reinen“ Volksmassen entschieden wird. Letztere entscheiden letzten Endes die Sache. Aber dies bedeutet keineswegs nicht, daß wir uns gegenüber den

Fragen der Kriegstechnik müßig verhalten dürfen. Wir müssen uns mit den Fragen unserer Verteidigungsfähigkeit allen Ernstes befassen.

Wir werden demnach eine Friedenspolitik betreiben, wenn man aber vernünftig wird, über uns herzufallen, so möge man ins Auge fassen: Jetzt ist nicht das Jahr 1905 und jetzt ist nicht das Jahr 1914.

Genosse Lenin hat in seinen letzten Artikeln vor dem Tode geschrieben, daß wir auf der Grenzlinie zwischen dem zerfallenden Kapitalismus des Westens und den ungeheuren Massen der Sowjetunion stehen, die in einen stürmischen Wirbel hineingerissen werden, die in der Gesamtkrise der kapitalistischen Welt den revolutionären Weg beschreiten werden. Genosse Lenin hat davon als von einer Perspektive gesprochen. Seine wissenschaftliche marxistische Vorausschauung ist jetzt voll und ganz gerechtfertigt. Das Donnerrollen der chinesischen Revolution bezeugt am besten die Richtigkeit der Voraussage Lenins, aber das gleiche Donnerrollen in China bezeugt auch, daß jetzt für den Kapitalismus größere Schwierigkeiten in bezug auf den Krieg gegen uns entstehen.

Jedoch die Furcht der imperialistischen Bourgeoisie vor dem revolutionären Umsturz, ihr leidenschaftlicher Wunsch, bestimmte „Vorbeugungsmaßnahmen“ gegen uns zu treffen, ihre Furcht vor unserer Anwachsen und unserer sicherhaften Aufbaubarkeit, ihre Furcht vor den eigenen Arbeitern treibt die Bourgeoisie zur Entfesselung der Ereignisse. So ist durchaus

wahrscheinlich, daß sie im Anfang uns durch einzelne Abteilungen ihrer wertvollen Jagdhunde, die in unmittelbarer geographischer Nähe von uns sitzen, wird abführen lassen. Es ist möglich, daß sie anfänglich gegen uns diese Abteilungen finanzieren und vorwärtstreiben und dann zu anderen Handlungen übergehen werden. Dies ist nicht ausgeschlossen. Aber wir erklären offen: Wir fürchten uns davor nicht. Wir wissen besser als jedermann, wie teuer uns jeder Frieden ist, wir werden unseren leidenschaftlichen Wunsch nach Frieden hervorheben, wir werden für diesen Frieden bis zum letzten kämpfen. Unsere gesamte Politik, jeder unserer diplomatischen Schritte, jede diplomatische Note müssen von diesem Streben nach Frieden durchdrängt sein. Immer wieder wiederholen wir, daß wir durch den Frieden nichts verlieren, sondern sehr viel gewinnen. Aber wir können unseren Feinden beteuern, daß wir in der Zeit der großen Atempause, die wir gehabt haben, in der Zeit unseres weltwirtschaftlichen Aufbaues nicht soviel Zeit dummer Sanftmut angenommen haben, um aufzuführen, die kriegerische Partei des kommunistischen Proletariats zu sein.

Auf jede Gefahr für die proletarische Diktatur werden die Arbeiterklasse unseres Landes und ihre kommunistische Partei mit einer noch nie dagewesenen Zusammenziehung ihrer Reihen antworten, sie werden sie derart zusammenziehen, daß jeder beliebige unserer Feinde, jeder beliebige unserer Gegner sich beliebig viele Zähne an dem härtesten Kiefer unseres Bajonetts zu zerbrechen imstande sein wird! (Stürmischer Beifall.)

Fort mit dem Reichstag!

Nach mehr als vierwöchiger Pause tritt heute der Reichstag wieder zusammen. Die Zeit hat nicht ausgereicht, um den Schacher der Neubildung der Regierung zu Ende zu führen. Doch wenn auch die Form des neuen Kabinetts noch nicht feststeht, soviel steht fest, daß die Bourgeoisie ihre Scharfmacherpolitik verschärfert fortsetzen will, die sie mit der Verweigerung der Hilfe für die Erwerbslosen, mit der Auslieferung des Kleinsten an die Furchen, mit dem Schund- und Schmutzgeschäft markierte. Die ausschlaggebende Partei des Großkapitals, die Deutsche Volkspartei, steuert mit allen Kräften auf eine Rechtskoalition hin. Währenddem die Sprache der bürgerlichen Parteien täglich unverständlicher wird, fällt es frappierend in die Augen, wie kleinlaut die doch gewöhnlich fühn auftretenden sozialdemokratischen Führer geworden sind. Im Dezember verlangte die SPD noch den Rücktritt Gehler's und Aufnahme der sozialdemokratischen Minister in das Kabinett. Heute ist der sozialdemokratische Parteivorstand bereit, den „schwarzen Reichswehrminister“ Gehler weiter zu dulden. Er ist bereit, ein neues Marx-Kabinett ohne jede Bedenken weiterhin zu führen. Trotz dieser händlichen Bettellei sehen die Ausschüßten der SPD auf eine Koalitionspolitik weiterhin schlecht. Marx bemüht sich, eine Rechtskoalition nach hiesigem Muster zustande zu bringen. Nach dem Willen des sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten soll sich der Reichstag in dieser Situation solange mit Nichtstun beschäftigen, bis der Regierungsschacher beendet ist.

Die Kommunistische Partei wird diesen Absichten mit aller Kraft entgegenzutreten. Die Kommunisten fordern Auflösung dieses Schandparlaments. Solange es aber noch beisammen ist, wollen sie im Reichstag die Behandlung der wichtigsten Forderungen der arbeitenden Massen erkämpfen. Die Erwerbslosigkeit ist katastrophal gewachsen. Die Kommunistische Partei fordert, daß sofort eine 40prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung eintritt, und daß durch ein Gesetz des nächsten Arbeitstages die Arbeitsmöglichkeit für alle Erwerbslosen geschaffen wird. Die proletarische Klasse wird außerhalb des Parlaments der freien Gewerkschaften mit eingetret werden für die Forderungen der Erwerbslosen, für den nächsten Arbeitstag und für die Auflösung dieses Reichstags.

Gegen die Koalitionspolitik der SPD-Führer

Stettin, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Eine Funktionärversammlung der Sozialdemokratie in Stettin hat einem Referat des Sozialdemokraten Wajschl, der den Bruch mit jeder Koalitionspolitik forderte, zugestimmt.

Margzughandelt mit der SPD

Berlin, 18. Januar. (Telunion.) Reichstagskanzler Dr. Margzughandelt am Abend im Anschluß an die Vorhandlung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Fraktionsführer Hermann Müller-Franken. Da der Fraktionsvorsitz die Entscheidung, dem Abg. Reich, der morgigen Fraktionsstellung überlassen hat, konnte der Abgeordnete Müller-Franken dem Reichstagskanzler keine wesentlichen Mitteilungen machen. Der Vorstand der Zentrumsfraktion, der am Spätabend noch mit Dr. Margz zu einer kurzen Besprechung zusammenkam, veröffentlichte im Anschluß an diese Besprechung folgende Mitteilung: „Das Zentrum legt mit besonderem Nachdruck die bisherigen Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierung der Mitte fort. Alle gegenteiligen Ausbreunungen sind durchsichtige Tendenzmeldungen.“

Berlin, 18. Januar. (Telunion.) Reichstagskanzler Dr. Margz geht am gestrigen Nachmittag seine Bemühungen um die Lösung der Regierungskrise in weiteren Besprechungen fort. Um 5 Uhr besprach er sich mit dem Führer der Bayerischen Volkspartei, dem Abg. Reich. In den letzten Besprechungen handelt es sich um die Überprüfung der Voraussetzungen, die für die sozialdemokratische Fraktion für eine wertvolle Unterstützung einer Regierung der Mitte maßgebend sind. Die Entscheidungen über das Ergebnis der bisherigen Besprechungen liegen bei den einzelnen Fraktionen, die heute Sitzungen abhalten werden.

Das Zentrum fordert Kapitulation der SPD

Berlin, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in seiner Aussprache über die politische Lage am gestrigen Nachmittag Beschlüsse nicht gefaßt, sondern die Beschlußfassung der Fraktionsleitung am Mittwoch überlassen. Der Fraktionsvorsitz des Zentrums hat gestern abend folgendes Communiqué ausgegeben: „Das Zentrum legt mit besonderem Nachdruck die bisherigen Bemühungen um das Zustandekommen einer Regierung der Mitte fort. Alle gegenteiligen Ausbreunungen sind durchsichtige Tendenzmeldungen.“ Der Germania fordert die Sozialdemokraten auf, mit „Besonnenheit und tapfer politischer Klugheit“ vorzugehen. Sie unterstreicht gleichzeitig, daß die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie kapitulieren müsse, da die Verhältnisse eine entscheidende Wendung zum Besseren genommen hätten. Die hindenden Erklärungen von Margz im Dezember über beabsichtigte Reformen müßten genügen.

Wiederbelebungsversuch der Börsen

Berlin, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am 21. Januar abends veranstaltete die deutschbörsliche Offiziersvereinigung in Berlin eine Versammlung, bei der u. a. Vandenbergh, v. Gölke, Straßer und wahrscheinlich auch Hiller sprechen werden. Die ganze Kundgebung ist gedacht als neues Lebenszeichen der sich wieder bereinenden Börsen.

Niedners Spindel-Bleite

Tscheka-Neumann verjagt Niedner die Gefolgschaft Trotz voller Entlastung ein neues Schandurteil

Mit welcher Brutalität die Klassenjustiz — auch ohne jeden Beweis für ihre Anschuldigungen zu erbringen — gegen Kommunisten vorgeht, zeigte der Hochverratsprozess gegen den Genossen Klemm, der am Montag in Leipzig zu Ende ging. Während dieses Prozesses gab es scharfe Auseinandersetzungen zwischen der Verteidigung und dem dritten Strafamt, weil die Verteidigung den Kommunisten Niedner wegen Parteilichkeit und Verletzung von Gehehen, deren sich Niedner in früheren Kommunistenprozessen schuldig gemacht hatte, abschwand. Trotz der klaren Charakterisierung seiner Rechtsbrüche durch den Gen. Samter beschloß der Senat, Niedner auf dem Präsidentenstuhl zu betätigen. Ein Vorstoß des Verteidigers, Gen. Samter, hinderte Niedner, für die gesamte Verhandlung die Öffentlichkeit auszuschließen.

Genosse Samter geisterte dann das Vorgehen der Reichsanwaltschaft, die das Hochverratsverfahren gegen Genossen Klemm trotz Amnestierung und Niederlegung durch den Oberreichsanwalt wieder eingeleitet hat. Er betonte, daß dieses Verfahren völlig unzulässig sei und einen Akt von Justizwillkür höchster Sorte darstelle. Er beantragte deshalb die sofortige Einstellung des Verfahrens. Zunächst antwortete darauf Niedner:

„Die Amnestierung durch den Oberreichsanwalt ist nur eine deklaratorische Erklärung gewesen (!), die für das Gericht und die Reichsanwaltschaft ohne jede praktische Bedeutung ist, weshalb der Antrag auf Einstellung des Verfahrens abgelehnt werden muß“ (!)

Diese unerhörte provokatorische Erklärung Niedners zeigt eindeutig, daß das Reichsgericht die Amnestie beahndelt, um Kommunisten in eine Falle zu locken. Diese Methode unterscheidet sich in nichts von Horth-Ungarn. Die Anträge auf Einstellung des Verfahrens, wie auch auf Haftentlassung wurden abgelehnt.

Niedner schloß jedoch während der Vernehmung des Angeklagten die Öffentlichkeit aus. Sie wurde erst wieder bei der Jugendvernehmung hergelassen. Der Junge Boege aus dem sogenannten Tschelaprosch nahm seine ganzen völlig unwahrscheinlichen Aussagen, die er vor dem herbeizitierten Untersuchungsrichter Bogt gemacht hatte, vollständig zurück. Durch eine Zwischenfrage des Genossen Samter kommt Boege zur Erklärung, daß er seine erste, behauptete Aussage vor seiner Begnadigung (!) gemacht habe.

Nach diesem Scheitern der Reichsanwaltschaft erhielt Niedner sofort die zweite Badpfeife. Felix Neumann, der bisher

nach in allen Prozessen gegen unsere Genossen ein willfähriges Werkzeug der Reichsanwaltschaft gewesen ist, wurde aus der Strafanstalt Sonnenburg vorgeführt und sollte wieder seine bisherigen Lügen wiederholen. Zur allgemeinen Überraschung erklärte er:

„Nachdem ich im Zuchthaus Gelegenheit gehabt habe, zu beobachten, wie Arbeiter, die als politische Verbrecher Ehrenmänner sind, schlimmer als die gemeinsten Verbrecher behandelt werden, werde ich nie mehr meine Hand dazu bieten, daß Sie durch meine Aussagen christliche Arbeiter ins Zuchthaus bringen können. Von nun an werde ich keine Aussage mehr machen, unbeschadet aller persönlichen Nachteile (!), die ich etwa dafür zu erwarten habe.“

Dieses Verjagen des Kronzeugen Felix Neumann bröckelte den Gerichtshof vollständig durcheinander. Dann erklärte Neumann, nur noch solche Aussagen machen zu wollen, deren Schwereigen den Angeklagten belasten könne. Er jagte, es sei völlig absurd, den Genossen Klemm zum „Reichskurier der KPD“ zu kempfen. Klemm habe keine besondere Funktion gehabt.

Obwohl die Beweisaufnahme nicht den Schatten eines Beweises gegen den Gen. Klemm erbracht hat, ließ der Reichsanwalt die Strafen in seinem Plädoyer die Anklage in vollem Umfang als „erwiesen“ hinstellen. Er beantragte wegen „hochverräterischer Umtriebe“ und „Vergehen gegen das Republikanische“, den Genossen Klemm zu zwei Jahren Zuchthaus und sechs Monaten Festungshaft zu verurteilen. Genosse Samter zeigte dagegen in seinem Plädoyer die ganze Willkür der Anklage und beantragte Einstellung des Verfahrens oder Freispruch.

Nach kurzer Beratungsperiode verurteilte Niedner das Urteil. Genosse Klemm wurde zu zwei Jahren sechs Monaten Festungshaft verurteilt, außerdem zu 300 Mark Geldstrafe. Er soll sich der Vorbereitung zum Hochverrat und des Vergehens gegen das Republikanische schuldig gemacht haben. Natürlich läßt dabei auch nicht das „Verbrechen“, einer staatsfeindlichen Verbindung angehört und sie mit Rat und Tat unterstützt zu haben.

Die Arbeiterklasse muß endlich der ganzen Niedner-Justiz das Handwerk legen und die Freilassung aller politischen Gefangenen erzwingen. Nach der neuesten Anwendung der niederträchtigsten Horth-Methoden durch die Niedner-Justiz ist diese Mahnung dringender denn je.

Das Terrorurteil gegen Rakoffi und Genossen bestätigt

Die Urteilsbegründung im Rakoffi-Prozess

Die zweite Instanz der Horth-Justiz fällt das Urteil über die todensmätigen ungarischen Revolutionäre Rakoffi und Genossen. Die Strafe Matthias Rakoffis (35 Jahre Zuchthaus) wurde bestätigt, die Zoltan Weinbergers von 8 Jahren Zuchthaus auf 6 Jahre, die Aladar Weizhaus' von 12 auf 10 Monate, die Josef Zwidels von 8 auf 4 Monate herabgesetzt. Bei allen übrigen Angeklagten wurde das Urteil der ersten Instanz (Gefängnis von 1-4 Jahren) bestätigt. Allen werden 15 Monate und 20 Tage als verübt angerechnet. In der Begründung des grossen Urteils (denn eigentlich wurden alle Angeklagten ausschließlich für ihre kommunistische Gefährdung verurteilt, da nichts Strafbares ihnen nachgewiesen

werden konnte) wand und frömmte sich das Gericht vor der Frage der Legalisierung der kommunistischen Partei und erklärte folgenden: Das Organisationsgesetz aus dem Jahre 1921 wurde nach dem Sturz der Käterregierung ausdrücklich als „mehr gegen kommunistische, individualistische (!) und antimilitaristische (!) Bewegungen getroffen. Obwohl selbst die ersten Ideen, solange sie nur theoretisch ausgeführt werden, als straflos betrachtet werden müssen, sollen agitatorische Schriften und Reden, die den Klassenkampf im Sinne des kommunistischen Manifestes verkünden, als Propaganda zum gewalttätigen Umsturz betrachtet werden. Dementsprechend ist eine kommunistische Organisation an sich strafbar, und es kann keine legale Kommunistenpartei geben. Das Endziel dieser Partei ist die ihre gezielte Anerkennung aus.“

Die Lage in Schanghai

Chicago Tribune meldet aus Schanghai: Die internationale Niederlassung von Schanghai hat am Montag die Mächte erlucht, eine sofort verfügbare Landungskreiswehrmacht von 4000 Mann (2000 Engländer, 1000 Japaner, 1000 Amerikaner) bereitzustellen als erste Maßnahme, um einen chinesischen Versuch, die Ereignisse von Jantun in Schanghai zu wiederholen, unmöglich zu machen. Falls chinesischerseits mit Waffengewalt in die Konzeption vorgegangen würde, würde nach Ansicht militärischer Sachverständiger eine Streitmacht von 25000 Mann mit voller Kriegsausstattung notwendig sein.

Englische Marineverstärkungen in China

London, 18. Januar. (Telunion.) Wie aus Malta gemeldet wird, läßt morgen das erste englische Kreuzergeschwader nach China aus. Die Admiralität hat zwei 10000-Tonnen-Dampfer in Southampton für Transportausrüstung für China angefordert. 1000 Marineinfanteristen stehen zur Ausreise bereit.

Kantons Forderungen an England

Wie das Berliner Tageblatt aus Peking zu berichten weiß, fordert Kanton von England bedingungslose Anerkennung, ferner die Rückgabe der Konzessionen in Jantun und Kufung gegen eine Abfindung, sowie die Zurückziehung der Kriegsschiffe aus den Fluvengewässern für immer. Kanton verweigert jenseits kategorisch die Rückgabe der bereits in Besitz genommenen Konzessionen. Belgien eröffnete Verhandlungen wegen Vertragsrevision und erklärte gleichzeitig, daß es keine Konzession in Tientsin sofort zurückgeben werde. Gegen das Vorgehen Belgiens wendet sich die Westminster Gazette ungemein scharf, weil es England und die übrigen Vertragsmächte geradezu verraten habe.

London, 18. Januar. (Telunion.)

Im englischen Kriegsministerium fand heute unter dem Vorsitz des Kriegsministers eine längere Konferenz der führenden Militärs über die Lage in China statt.

Der Stand der Berliner Grippe-Epidemie. Das Gesundheitsamt der Stadt Berlin gibt bekannt, daß die Zahl der Grippekranken in den städtischen Krankenhäusern gestern 1167 betrug. Montag und drei Todesfälle gemeldet worden.

Zunahme der Arbeitslosigkeit in Wien. Der Stand der Arbeitslosigkeit in Wien ist in der ersten Januarhälfte von 69 000 auf 95 000 gestiegen. Dieser Stand ist um 5000 niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Steigen der Lebenshaltungskosten in England. Wie das Arbeitsministerium bekanntgibt, liegen die Lebenshaltungskosten am 1. Januar 75 Prozent über denjenigen von 1913, gegenüber 79 Prozent im Vormonat und 75 Prozent vor einem Jahre. Die Kosten für Nahrungsmittel allein sind von 69 auf 67 Prozent zurückgegangen.

Die SPD und Hitler

Der Koalitionschacher der linken SPD-Führer bei der Bildung der tschechischen Regierung.

In der bürgerlichen Presse veröffentlicht jetzt der Landtagsabgeordnete Götting von der Aufwertungspartei eine Erklärung, in der Einzelheiten über die Besprechungen zur Regierungsbildung am 11. Januar wiedergegeben werden. Diese Erklärung Göttings bestätigt, was bereits am Sonntag der nationalsozialistische Abgeordnete v. Müde in den deutsch-nationalen Dresdener Nachrichten schrieb und worauf wir gestern Bezug genommen haben, nämlich, daß die sozialdemokratischen Führer in Sachsen bereit gewesen sind, den Nationalsozialisten die stille Unterstützung bei dem Zustandekommen eines Reichsregimentes mit einem Reichsminister für das Auswärtige des Reichspräsidenten Hitler in Sachsen zu bezahlen. Die Erklärung Göttings erhärtet die Behauptung Müdes über die stattgefundenen Verhandlungen der linken sozialdemokratischen Führer mit der Aufwertungspartei und den Nationalsozialisten. Götting schreibt in der Zuschrift an die bürgerliche Presse:

„Der Antrag, der dann von unserer Fraktion von Dr. von Juncos auf Vertagung der Sitzung um zwei Stunden eingebracht wurde, ging im Ziele dahin, daß in diesen zwei Stunden sich die Parteien, die sich an der Regierungsbildung beteiligten, einigten. Meine Fraktion hatte sich kaum ins Fraktionszimmer zurückgezogen, als die Abgeordneten Liebmann und Böchel von der SPD sich im Fraktionszimmer einfanden, mit der sie die richtige Meinung waren, daß erst, im nächsten Wahlgang von meiner Fraktion Fleischer als Ministerpräsident gewählt werden konnte. Es fanden in diesem Sinne auch die Besprechungen zwischen meinen Fraktionskollegen und den Abgeordneten der SPD statt. In diesen Besprechungen kamen dann noch die Abgeordneten der KPD v. Müde und Litzmann hinzu. Bei dieser Gelegenheit fragte v. Müde auch, wie man sich erst, von Seiten der SPD zur Aufhebung des Redeverbotes für Hitler in Sachsen stellen würde. Der Abgeordnete Liebmann gab darauf die durchaus zu billigende Erklärung ab, daß man als Sozialdemokrat selbstverständlich auch Hitler das Reden erlauben müsse.“

Die sozialdemokratische Presse schweigt zu den Enthüllungen über die Kullensverhandlungen der linken SPD-Führer mit der Aufwertungspartei und den Nationalsozialisten noch immer. Das Schweigen sagt alles. Es bestätigt sich also nunmehr das, was wir vor dem Zustandekommen der Heide-Regierung über das Verhalten der sozialdemokratischen Führer in Sachsen gesagt haben. Die Koalitionsbereitschaft der linken SPD-Führer geht aus diesen Verhandlungen, die in aller Heimlichkeit geführt wurden, klar hervor. Die Absicht war, mit Hilfe der Aufwertungspartei und durch Konzessionen an die Nationalsozialisten ein Kabinett Fleischer zu kommen, für dessen Sturz oder für dessen Umbildung zu einem sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionskabinett später die Kommunisten verantwortlich gemacht werden sollten. Der schlaue Plan dieser parlamentarischen Schieber ging also daraus hinaus, zuerst einmal durch die geheimen Abmachungen mit der Aufwertungspartei und den Nationalsozialisten den Ministerpräsidenten zu erhalten, um dann bei günstiger Gelegenheit die Kommunisten für den Sturz verantwortlich zu machen und somit vor den Arbeitern eine Begründung zur Bildung einer Koalitionsregierung zu schaffen. Das Manöver ist vorhergesehen. Die parlamentarischen Schieber sind die Betrogenen. Sie werden jetzt gezwungen, vor der Arbeiterklasse zu beweiheilen, ob es ihnen ernst ist um die Interessen der Arbeiterklasse, oder ob das Gerücht von der „Opposition gegen das Heide-Kabinett“ nichts anderes ist als sozialdemokratisches Maulheldentum.

Britisch-polnisch-litauische Beziehungen

Trotz aller Dementis beginnt die litauische Regierung sich als Agent des Völkerei-Polen und des englischen Imperialismus zu entpuppen. In Romno erscheinen immer mehr Vertreter Polens, insbesondere auch der polnischen Sozialdemokratie. Andererseits meldet die Komroer Presse über Besuche von Korrespondenten tschechischer Organe in Italien. Der Ministerpräsident Woldebaras beluchte in diesen Tagen den belandten Großbrianniens, und die Presse deutet an, daß es sich um wichtige Verhandlungen handelt. Gleichzeitig erschien in Romno ein Sonderbeauftragter mit dem angeblichen Namen Bogdan aus England, mit dem die Regierung gleichfalls verhandelte.

Braucht vielleicht die englische Regierung Sonderbeauftragte für finanzielle Transaktionen?

Kriegsmaßnahmen der mexikanischen Regierung

Mexico, 17. Januar. (Telunion.) Nach Meldungen aus Arizona hat die mexikanische Regierung die Southern-Pacific-Eisenbahnen in den Staaten Sonora, Sinaloa und Nayarit übernommen. Diese Übernahme wird als eine Kriegsmaßnahme bezeichnet.

Die Krise in Frankreich

Paris, 18. Januar 1927.

Geitern wagte Poincaré in der Kammer zu behaupten, es gäbe in Frankreich nicht mehr als 20 000 Erwerbslose, und die gefälligen „Lügen“ — die sowohl in der Kammer wie in dem Senat eine Mehrheit haben — bewiesen sich, die von den Kommunisten beantragte Debatte über die Erwerbslosigkeit um eine Woche zu verlagern.

Über selbst die „offiziellen“ Zahlen der unterkütten Erwerbslosen irren Herrn Poincaré Lügen, sie betragen am 5. Januar 17 178 und am 12. Januar 1927 27 652, eine Steigerung um 62 Prozent. In Paris allein gab es am 5. Januar 10 000 Unterhütten und stieg bis zum 12. d. M. um 46 Prozent auf 14 600. Mit den anderen Gemeinden des Seine-Departements betrug die Zahl am 12. Januar 22 000, zwei Tage später, nach Angaben des bürgerlichen „Journal“, 23 293. Im gleichen Departement waren es am 12. Dezember 1926: 2287 und steigt augenblicklich um 1500 täglich. Im Januar 1919 und 1921, den Jahren der großen Nachkriegserwerbslosigkeit, betragen die entsprechenden Zahlen 12 400 und 30 600.

Den „Wert“ dieser „offiziellen“ Zahlen versteht man erst, wenn man sich vor Augen hält, daß es von 90 Departements in Frankreich nur 8 gibt, die ihre Erwerbslosen unterkütten und von 100 000 Kommunen nach Angaben des „Officiel“ ganze 61 über Erwerbslosentassen verfügen. Die Zahlen der unterkütten

Erwerbslosen bieten also in keinem Falle auch nur einen Anhaltspunkt für die wirkliche Not, die durch die jetzige Krise hervorgebracht wurde.

Die von den amtlichen Arbeitsnachweisen herausgegebenen Zahlen zeigen andererseits trotz ihrer Mangelhaftigkeit die Größe der Krise: im Seine-Departement (Paris und Umgebung) waren auf 2611 Nachfragen von Bureau- und Handelsangestellten nur 24 Stellen angeboten, Metallindustrie 204 Nachfragen und 10 Angebote, Handarbeiter 226 Erwerbslose gegen 8 (!) Stellen, Befriedigung 1418 Nachfragen und 3 Angebote, Konstruktoren 955 zu 2 Soliarbeiter 683 zu 11, Transport 428 zu 4. In den anderen Departements ist es natürlich nicht heller, wobei aber zu beachten ist, daß bei den 33 900 Nachfragen in ganz Frankreich keineswegs alle Erwerbslosen erfasst werden.

So werden 5 P. der Hunderttausende ausländischer Arbeiter nur durch besondere Auslandsbüros „erlaubt“, die überhaupt keine anderen Stellen als in den Bergwerken und der Landwirtschaft, beides unter den erschwerendsten Bedingungen anbieten.

Ein Unterchied besteht allerdings gegenüber der Zeit um 1919/21: Jetzt hat die französische Arbeiterklasse die kommunistische Partei und die der KPD angeschlossenen Gewerkschaften. Während die Joubert und Blum von den Reformisten und Sozialpatrioten nicht nur nichts zur Hilfe der Erwerbslosen tun, sondern sogar die Situation verschlimmern wollen, organisieren die Kommunisten und roten Gewerkschafter einen ernsthaften Kampf um ausreichende Unterhaltung und Arbeitsbeschaffung durch Provinz- und Kommune. 3 P. hat eine Delegation, gestützt auf eine Demonstration bei dem Präsidenten (entspricht in Deutschland einem Regierungspräsidenten) von Seine et Oise erreicht, alle Erwerbslosen ohne Ausnahme werden registriert, paritätische Kommissionen aus Gemeindefunktionären und Erwerbslosenvertretern der Gewerkschaften werden in allen Orten gebildet, die ausländischen Erwerbslosen erhalten die gleichen Sätze wie die Inländer, d. h. bei sechsmonatigen Aufenthalt am Ort ca. 4-5 Frank pro Tag. Wenn man in Betracht zieht, daß es unzählige Gemeinden — auch am Paris — gibt, die nicht einmal ihre Erwerbslosen registrieren, so sind diese oben angegebenen Punkte schon große Erfolge.

Die KPD, die CGU und sich darüber klar, daß die Wirtschaftskrise erst in ihren Anfängen steht, und sie organisiert eine großartige Kampagne unter folgenden Leuzungen: Bessere Lohn bei verkürzter Arbeitszeit, gleicher Lohn und eventuelle Unterhaltung für Männer und Frauen; Memoratorium; gleiche Behandlung der In- und Ausländer; Befreiung von Lebensmitteln und Kohlen; freie ärztliche Behandlung und Medikamente. Selbstverständlich führt sie einen rigorosen Kampf gegen jede Lohnsenkung und für die strikte Einhaltung des Achtstundentages.

500 Millionen Nachtragkredite für Marokko und Syrien

Paris, 18. Januar. (Telunion.)

Heute wird sich die Finanzkommission der Kammer mit den Nachtragkrediten beschäftigen, die sich auf 1 200 000 000 Franken belaufen. Darunter befinden sich 500 Millionen Kredite für Marokko und Syrien. Die Prüfung der 46 Regierungsratsartikel und 15 parlamentarischen Vorschläge wird kaum vor Donnerstag beendet sein, so daß die Nachtragkredite erst in der nächsten Woche in der öffentlichen Kammerberatung behandelt werden können.

Berufungsverhandlung im Sadoul-Prozess

Am 27. Januar wird die Berufungsverhandlung des Genossen Sadoul stattfinden, der trotz seiner Freisprechung vor dem Kriegsgericht nachträglich keine Anwaltswürde für verlustig erklärt wurde. Wie berichtet wird, soll die Verhandlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden!



Die „JAZ“ heute neu!

Alter Kurs im neuen Landtag

Werttätige! Mobilisiert zum Sturz der Selbstregierung und zur Landtagsauflösung!

Landtagsöffnung vom 18. Januar 1927

Bei vollstehender Teilnahme eröffnet Präsident Schwarz die Sitzung. Der Eintritt in die Tagesordnung verliest Genosse Liebeschütz als Schriftführer eine Mitteilung des Ministerpräsidenten, die die Ernennung der neuen Minister des wiedergeborenen Reiches bekanntgibt. Weiterhin teilt Schwarz mit, daß während der letzten Sitzung während der Vorbereitung des Ministerpräsidenten eine Anzahl Abgeordnete Schmährufe gegen den Ministerpräsidenten ausgesprochen hätten. Das Präsidium sei nicht zur Verfügung der Abgeordneten zurückgekehrt. Er rufe die Abgeordneten nachträglich „die Abgeordneten, die es angeht“ zur Ordnung (Gelächter links). Gegen die Verlesung der Rede des Ministerpräsidenten in einem Chemiker Blatte, das der Wirtschaftspartei nahesteht, protestiert Schwarz, da der Wortlaut der Regierungserklärung den Abgeordneten zurzeit der Veröffentlichung noch nicht vorgelesen habe. Er fragt die Regierung um Auskunft, auf welchem Wege und durch welchen Indirektion die Erklärung in den Besitz der Zeitung gelangt sei. Helt gibt daraufhin die Erklärung ab, daß das Gesamtministerium die Veröffentlichung „bedauerlich“ und daß es nicht in der Lage gewesen sei, den Schuldigen festzustellen. (Zuruf bei den Komm.)

Schwarz erteilt Schwarz zur Abgabe der Regierungserklärung dem Ministerpräsidenten Heldt das Wort, der etwa folgendes ausführt:

Der unbedeutende alte Kurs

Als ich vor drei Jahren das letzte Reichskabinett beim Landtag einführte, habe ich betont, daß die Regierung besondere Wert darauf lege, alle Kräfte, die auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung stehen, zusammenzuführen und von Gedanken einer Volksgemeinschaft zum Schutze der Republik und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung als verbindlich zu machen. (Zuruf v. d. Komm.: In Interesse der Politik der Kapitalisten!) An diesem Grundgedanke der Regierungspolitik hat die bisherige Regierung festgehalten. (Zuruf: Es wird weitergehalten!) Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß ich, nachdem mich der Landtag zum Ministerpräsidenten wiedergewählt hat, zusammen mit meinen Ministerkollegen nach denselben Grundgedanken die Regierungsgeschäfte des Reiches führen werde. (Zuruf v. d. Komm.: Gegen die Arbeit!) Dabei ist hervorzuheben, daß die verfassungsmäßige Organisation unseres Landes in den drei letzten Jahren sich nicht geändert hat. (Zuruf: Mit Panzerautomaten und Panzerwagen!)

Die Frage der Staatsform ist heute nicht mehr Angelegenheit der Parteipolitik, vielmehr hat die Mehrheit in der Reichsversammlung sich zu der Auffassung durchgerungen, daß die verfassungsmäßige Grundordnung unseres Volkes im Vordergrund aller Regierungspolitik stehen muß und daß diese Grundordnung herbeizuführen werden kann und soll auf der Grundlage der gegebenen Verfassung. Insbesondere ist festzustellen, daß auch die Verhältnisse auf der neuen Staatsform eingeleitet hat und voller Vertrauen und Zutrauen an den ihr gestellten Aufgaben arbeitet. Es wird Aufgabe auch der jetzigen Regierung sein, in den Grenzen des Möglichen (Zuruf: In den Grenzen des Möglichen — das charakterisiert die Regierung!), dafür zu sorgen, daß sie ihrer Arbeit ohne drückende Nahrungslagen widmen kann.

Während vor drei Jahren festzustellen war, daß die Beziehungen der Reichsregierung zur Reichsregierung und den Regierungen der anderen Länder nicht ungestört waren, sind in den letzten drei Jahren die Beziehungen wieder die normalen geworden. (Zuruf: Zurufe bei den Kommunisten.) Es wird wichtige Aufgabe der Regierung sein, die Beziehungen, die die Reichsregierung mit der Reichsregierung und den Regierungen der anderen Länder verbindet, aufs sorgfältigste zu pflegen und auszubauen. Sie wird daher niemals dem Reiche verlangen, was ihm schadet, andererseits aber muß sie auch Wert darauf legen, daß sie, nachdem die Reichsregierung die Selbstständigkeit der Länder erhalten hat, finanziell und materiell in der Lage ist, auf ihrem Zuständigkeitsbereich frei zu entscheiden, ihre Angelegenheiten nach eigenem Ermessen und unter eigener Verantwortung selbständig zu betreiben und hieran nicht durch finanzielle Maßnahmen des Reiches behindert zu werden. Die Regierung beharrt aus diesem Grunde, daß auch diesmal ein finanzielles Gleichgewicht nicht zustande kommt, sondern nur ein vorläufiger Ausgleich, das die grundsätzlichen Fragen des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern ungeklärt läßt. Gleichwohl wird es bemüht sein, auf der Grundlage dieses vorläufigen Ausgleichs den Haushaltsplan aufzustellen. (Zuruf bei den Kommunisten.)

Bei der Planung wird die Regierung angelehnt der Sachpolitik der Finanzlage, wie sie in der letzten Zeit von ihr wiederholt dargestellt worden ist, ihr besonderes Augenmerk darauf richten müssen, die Staatseinnahmen, soweit dies nur irgend möglich ist, im Rahmen der zu erwartenden Einnahmen des Reiches zu halten und auf diese Weise wieder dem früheren Zustande zuzuführen, daß Einnahme- und Ausgabebelegte sich ausgleichen, der Haushaltsplan also ohne Aufnahme eines Zuschusses aus dem dem Reichlichen Staatsvermögen balanciert. (Zuruf bei den Komm.: „Auf Kosten der Arbeiter!“) Es wird daher im Sinne einer geordneten Finanzwirtschaft notwendig sein, die schwebende Schuld des Reiches in Sachwerten auf der einen Seite nach Möglichkeit nicht weiter anzuheben zu lassen, auf der anderen Seite sie, soweit sie bereits aufgenommen ist, baldmöglichst in eine fundierte langfristige Anleihe umzuwandeln.

Bei Abgabe der letzten Regierungserklärung ist die Hoffnung ausgesprochen worden, daß es durch die gemeinschaftliche Arbeit aller der wirtschaftlichen Kräfte, die in Mitgliedern des Reichstages ihre Vertreter haben, gelingen wird, die wirtschaftliche Not unseres Volkes, und vor allem der Armen unter ihnen, in sozialer Weise soweit zu lindern, als es angesichts der gegenwärtigen Lage menschlichen Kräfte überhaupt möglich ist. (Zuruf bei den Kommunisten.)

Danach hat die bisherige Regierung gehandelt. (Erneute Zurufe bei den Komm.) Es lag außerhalb des Bereichs menschlicher Kräfte, die Not unseres Volkes, die durch den verformten Krieg verursacht worden ist, zu beheben. Noch heute leiden viele Schichten unseres Volkes unter großer Not, und die Arbeitslosigkeit lastet auf Sachlichen schwerer als auf der Bevölkerung der anderen deutschen Länder. Die Regierung hofft, daß besonders auch durch den

neuen Finanzausgleich die Erwerbslosenlagen so vertieft werden, (1) daß mögliche Verringerung der Not herbeigeführt wird. Das Wesentliche aber ist die Schaffung von Arbeit, also die Belebung des Arbeitsmarktes, sowohl durch staatliche Arbeitsbeschaffung, als auch vor allem durch Förderung der privaten (!) und öffentlichen Bautätigkeit. (Zurufe bei den Kommunisten.)

Auch das Wohnungsproblem ist noch nicht gelöst. (Zuruf bei den Komm.: „Durch euch wird es nie gelöst werden!“) Die Regierung wird eine Aufstellung über den Umfang der Wohnungsnot in Sachlichen vorlegen und andere Vorlagen einbringen, durch die eine Lösung des Problems angeleitet wird, nachdem sie bereits in anderen Ländern versucht worden ist. (Zuruf: Wie in Preußen durch Dietrich!) Sehr richtig! bei den Komm.) Sie wird auch die Nothilfe zum allgemeinen Baugesetz, die im letzten Landtag nicht verabschiedet worden ist, erneut vorlegen.

Die Regierung wird der gesamten Wirtschaft ihre besondere Aufmerksamkeit widmen und dabei auch den Bestimmungen des Artikels 14 der Reichsverfassung, wonach der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel, in Gewerbebetrieb und Verwaltung zu fördern und gegen Überlastung und Ausbeutung zu schützen ist, angelehnt der allseitig anerkannten Notlage dieser Kreise Beachtung schenken. (Zuruf bei den Kommunisten: „Preissteigerung!“)

Schließlich muß von den Wirtschaftfragen noch die Aufwandsfrage anmerken, die von der Regierung verfolgt werden. (Zuruf bei den Komm.: „Liebesgarnpolitik für die Regierung!“) Es ist nicht zu verkennen, daß die Wirtschaft ein dringendes Interesse daran hat, daß in dieser Frage eine geordnete Lösung bald eintreten. Andererseits bedarf aber die Frage eingehender Prüfung, ob und inwieweit es im gegenwärtigen Stadium der Durchführung der Aufwandsbestimmungen noch möglich ist, daß hinsichtlich einzelner Punkte im Interesse der Aufwandsberechtigten Abänderungen durchgeführt werden. (Zuruf bei den Komm.: „Ist das alles für den Sparverrat?“)

Die Pflege der Kulturaufgaben ist durch die Wirtschaftslage und Finanznot, die besonders hart die Teile unseres Volkes trifft, die sich die Pflege dieser Aufgaben zum Lebensbedarf gemacht haben, vielfach gehindert und behindert. Gleichwohl hält die Regierung es für eine unerlässliche Aufgabe, auf dem Gebiete aller unperfekteren Kulturgüter zu erhalten und zu pflegen und für die Hebung der Kultur unseres Volkes das Bestmögliche zu tun.

Auf dem Gebiete der Rechtspflege (Zuruf bei den Komm.: „Richtungslos, mein Ziel!“) sind zurzeit im Reich Gebiete von erheblicher Bedeutung in Vorbereitung. Die Reichsregierung wird wie bisher dieses Reformwerk durch tatkräftige Mitarbeit zu fördern suchen. (Zuruf: Was haben Sie nun für Pläne in Ihrem Koffer?) Mit gleicher Aufmerksamkeit wird sie die ihr, wie allen anderen Länderregierungen obliegende Aufgabe verfolgen, den Strafvollzug in einer den modernen Forderungen, aber auch dem Geist der Strafe entsprechenden Weise auszubauen. (Zuruf bei den Komm.: Wie Jahr das verzieht, davon müssen die Gefangenen ein Lied zu singen!)

Reichswehrfrage in der Regierungskrise

Die Regierungsvorhandlungen beleuchten aufs neue die große Tragweite der politischen Krise. Durch die Betätigung des Zentrumslängers Marx mit vorbereitenden Besprechungen (!) — nicht etwa mit der Regierungsbildung, ist keineswegs eine Lösung der Krise auch nur angebahnt. Das Ergebnis der letzten Woche war, daß die anderen bürgerlichen Fraktionen und auch die Hindenburggruppe dem Zentrum parteipolitische Konzeptionen machten. (Zurufnahme der Mission Curian, Betätigung von Marx) und dafür vom Zentrum Zugeständnisse zugunsten der stärkeren Rechtsorientierung erreichten.

Aber dieses Kompromiß ist, wie die Verhandlungen von Marx und die Pressekommentare zu diesen Verhandlungen zeigen, noch keineswegs der letzte Schritt vor einer Lösung. Diese Lösung ist deshalb so schwer, weil zwischen dem innerpolitischen Kurs des deutschnationalen und des koalitionsfreundlichen Flügels der Bourgeoisie ein breiter, schwer überbrückbarer Unterschied besteht. Alle Fraktionen der Bourgeoisie wissen aber, daß die Überwindung dieses Gegensatzes erreicht werden muß, weil sonst bei der gegebenen parlamentarischen Lage Neuwahlen, aber was ebenso unangenehm für alle Fraktionen der Bourgeoisie, Ausnahmeartikel in Anwendung kommen müssen. Die nächsten Tage werden zeigen, auf welchen Kosten und zugunsten welcher Richtung sich die Einigung vollzieht. Vorläufig ist festzustellen, daß das Zentrum noch keineswegs vollständig die Hoffnung aufgegeben hat, von der Sozialdemokratie eine derartige Koalition zu erreichen, daß an eine wenigstens stille Koalition mit ihr gedacht und damit die stärkere Ausschließung an die deutschnationale Fraktion vermieden werden kann. Bezeichnend dafür ist, daß beispielsweise die Kölnische Zeitung berichtet, der Unterhändler des Zentrums, Guerdard, habe dem zentralen Hindenburg Zusicherungen für eine Ablehnung der Bindungen nach links zu geben. Zweifellos steht nur fest, daß unter Führung der Deutschen Volkspartei der koalitionsfeindliche Flügel im bürgerlichen Lager stärker geworden und vorwärts gekommen ist. Die Deutsche Volkspartei läßt in ihrer Presse durchblicken, daß, auch wenn die Deutschnationalen es sich noch überlegen, eine Regierung der Mitte zu unterstützen, sie doch zweifellos dementsprechend annehmen würden für den Fall, wenn die Sozialdemokratie auf der Frage des Reichswehrministeriums, also wenn Geister in der Regierung bleibt, ihre Opposition weiterführen wird. Anders ausgedrückt: in der Volkspartei wächst die Absicht, den alten Versuch einer Regierung zu bilden, die sich ihre Mehrheiten von Fall zu Fall holt, aufs neue zu unternehmen.

Die Frage des Reichswehrministeriums und der Reichswehrpolitik stellt auch die gesamte deutschnationale Presse in den Vordergrund. Die Deutsche Zeitung beruft sich darauf, daß die Sozialdemokratie und ihre Reichswehrforderungen ganz besonders vom Reichspräsidenten als unerfüllbar bezeichnet werden. Die Kreuzzeitung schreibt ähnlich: Jeder Koalitionsversuch „würde an der Herstellung des Einvernehmens mit der SPD hinsichtlich der Reichswehr“ scheitern. So ähnlich ist das Echo in der großen deutschnationalen Presse. Sie sind dann noch hinzu die andere Parole, wonach es „eine Legende ist, daß man nur in Verbindung mit der Sozialdemokratie Sozial-

politik machen kann“. Man könne das auch mit Recht machen. Die deutschnationale Presse schlägt dem Reichsminister Marx vor, als „einzigen Ausweg“ zu zeigen, daß alle Kombinationen der Mitte scheitern und das Zentrum, wenn es sich nicht selbst ausschalten wolle, selber bereit sein solle, mit den Deutschnationalen über eine Möglichkeit einer Koalition zu verhandeln. Deshalb würde vermutlich nach Erledigung des jetzigen Auftrags Dr. Marx selbst oder ein anderes Mitglied der Zentrumsfraktion den Auftrag vom Reichspräsidenten erhalten, über die Bildung einer bürgerlichen Mehrheitsregierung zu verhandeln.“

Das Vorhandensein dreier Strömungen, die im wesentlichen durch die Führung der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums vertreten werden, und die Unmöglichkeit einer solchen und betriebligen Einigung zeigen, wie gesagt, die außerordentliche Schwierigkeit einer Lösung für die Bourgeoisie. Die Verschärfung der ökonomischen Krise, die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die Gefahr der drohenden Zuspaltung der Klassengegensätze stärkt den Hindenburgflügel, der für alle Fälle den Diktaturapparat unverändert in Bereitschaft halten will. Deshalb geht der Kampf nicht so sehr um die sozialpolitischen Differenzen, wie um die Stellung zur stärksten Opposition der Gegenrevolution, zur Bürgerkriegsarmee, zur Reichswehr.

Und in diesem Augenblick ist bezeichnend für die Politik der Sozialdemokratischen Partei, daß sie ihrerseits auch jeden Scheinangriff auf die Reichswehr liquidiert hat. Die große Offensive gegen die Reichswehr, die die SPD in die Regierung bringen sollte, wurde vollständig abgebrochen im Augenblick, wo sich herausstellte, daß aus ihr das stärkste Hindernis wurde, zur Regierung zugelassen zu werden. Gerade jetzt wäre es selbstverständlich, notwendig und unaufschiebbarer wie je, den Rückhalt der bürgerlichen Fraktionen durch die Erzwingung der Reichstagsauflösung empfindlich zu lösen, eine Reichstagsauflösung, bei der vor allem auch die Reichswehrfrage zur breitesten Mobilisierung der arbeitenden Massen dienen würde. Gerade jetzt aber stellt die SPD ihren mäßigsten Scheinangriff demonstrativ ein. In allen Pressekorrespondenzen der SPD in den letzten Tagen kann man nichts von Bewegungen lesen, daß keineswegs ein Angriff auf die Reichswehr, sondern nur ein Angriff gegen schlechte Reichswehrmethoden unternommen worden sei. So schreibt z. B. die Magdeburger Volksstimme: „Hindenburg verkennt vollkommen den Sinn der sozialdemokratischen Kritik der Reichswehr; nicht Zerstückung der Wehrmacht ist das Ziel, sondern Beilegung der Krise des Vertrauens, das in den Reihen der deutschen Republikaner gegenüber der Reichswehr besteht. Mit der Haltung der Sozialdemokraten zur Reichswehr läßt sich die Forderung der Sozialdemokratie, aus der Regierung sich fernzuhalten, sachlich nicht begründen.“

Gegen die Eisenbahner-Entlassungen Antrag der Kommunistischen Fraktion

Die Reichsbahn-Hauptverwaltung hat erneut einen ungeheuren Personalabbau beschlossen und auch bereits den einzelnen Reichsbahndirektionen Anweisungen zur Durchführung dieses Abbaues zugehen lassen. Im Reichsbahndirektionsbezirk Dresden kommen annähernd 500 Mann in Frage, die sich in der Hauptsache aus Werkstättenarbeitern rekrutieren. Diese Maßnahme erweitert sich deshalb als ein Teil der kapitalistischen Rationalisierung. Die Arbeitszeit in den Werkstätten beträgt täglich 9 und wöchentlich 54 Stunden. Die Wirtschaftlichkeit hat das größte Interesse an ausreichendem Personal bei der Reichsbahn-A.G., damit die Betriebssicherheit gewährleistet ist.

Der Landtag wolle deshalb beschließen: die Regierung zu erlauben, die Reichsregierung aufzufordern, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, daß die Reichsbahn-A.G. die beschlossenen Abbaumaßnahmen rückgängig macht. Dresden, am 18. Januar 1927. Böttcher

und die übrigen Mitglieder der komm. Landtagsfraktion.

Gedächtnisfeier
für die verstorbenen Führer der Revolution
Karten sind noch an den Abendkassen zu haben. Erwerbslose zahlen gegen Vorzeigen des Ausweises den halben Eintrittspreis

heute Mittwoch, den 19. Januar abends 6.30 Uhr im
Kristallpalast, Schäferstraße, Volkshaus Ost, Striesen
Bürgergarten, Löbtau, Reichstrone, Neustadt /
Es sprechen die Genossen: Deckert, Hoernle, Meißner, Renner
Außerdem Musik / Rezitationen / Sprechchor
Alle Mitwirkenden treffen sich eine
Stunde vor Beginn in den Sälen. **Anschließend Tafelzug**

Die Entwicklung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung

(Schluß)

Die Einrichtungen ähnlicher Art wurden auch im Ausland geschaffen. In Frankreich waren es die Städte Dieppe (1866) und Limoges (1867), die Unterstützungseinrichtungen unter Anlehnung an die Gewerkschaften einführten. In Belgien war es die Provinz Lüttich, die 1889 die erste Einrichtung einführte. Diese wurde 1901 von der Stadt Gent überholt. Die Einrichtung der Stadt Gent, das „Gent-System“, wurde damit Vorbild für die kommunale „Enten“-Anstalt, die im ersten Jahr wurden in Gent 13.000 Arbeiter versichert. Im Jahre 1913 bestanden in Belgien 30 Arbeitslosenfonds, die auf über 100 Gemeinden erstreckten.

In Holland waren es 23, in Frankreich 20, in Deutschland, wie schon erwähnt, 11, in Italien 3, in Österreich 2.

1905 übernahm Frankreich das „Gent-System“ auf dem Gebiet der Provinz Nord. Dänemark mit Staatsgesetz vom 19. Juli 1921 wurde das „Gent-System“ von der Tischschloßerei eingeführt. Das wesentliche des „Gent-Systems“ besteht in den Zusätzen von Staat oder Gemeinden zu den freiwilligen Versicherungen. Man will damit auf die Arbeiter erzieherisch einwirken, damit sie sich freiwillig versichern. Dadurch bringen sie Kosten der späteren Arbeitslosigkeit zum größten Teil selbst. Für die Auszahlungen werden in der Regel die Gewerbesteuer und die Auszahlungen werden von den Behörden festgesetzt und danach der Staatszuschuß berechnet.

Die erste staatliche Zwangsversicherung für Arbeitslosigkeit wurde am 16. Dezember 1911 in Großbritannien eingeführt. Das Gesetz beschränkte sich zunächst nur auf die Arbeiter der Bau- und Maschinenindustrie und des Schiffbaus. Von der Versicherung wurden demnach 2,5 Millionen Arbeiter erfasst. 1916 wurden weitere Industriezweige in das Gesetz einbezogen und damit 3,5 Millionen Arbeiter zwangsversichert. Am 1. August 1920 wurde das Gesetz auf alle Industriezweige ausgedehnt und 12 Millionen Arbeiter erfasst.

Der Weltkrieg und seine wirtschaftlichen Folgen zwangen die Staaten, sich mit der Fursorge der Arbeitslosen zu beschäftigen. Da man die Lösung des Arbeitslosenproblems als eine vorübergehende Folge des Kriegsendes ansah, sah man vorübergehende Unterstützungseinrichtungen. Die Ausgaben wurden als Kriegskosten oder Demobilisierungskosten angesehen. Trotz aller Konferenzen und Verhandlungen wurde die wirtschaftliche Lage immer verzweifelter. Die völlige Umwälzung der Produktion in einer Reihe von Ländern und die anhaltende Krise gestalteten das Arbeitslosenproblem immer drückender.

Zur Zeit kann man von 20 Staaten mit einer gesetzlichen Regelung der Arbeitslosenunterstützung reden, die in Art und Umfang sehr verschieden ist. Staatliche Zwangsversicherung gibt es in Deutschland, Österreich, Großbritannien und Irland. In Italien, Spanien, Polen und Lissabon (Portugal). Freiwillige Versicherung besteht in Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen, Finnland, Frankreich, der Schweiz, der Tschechoslowakei und in Spanien. In Schweden, Bulgarien, Griechenland und Japan sind die ersten Anfänge einer Arbeitslosenversicherung unvollkommen worden.

Eine staatliche Arbeitslosenfürsorge gibt es nur noch im Sowjetrußland.

Während bei der staatlichen Zwangsversicherung die Lasten meistens auf Arbeiter, Unternehmer, Staat und Gemeinden verteilt sind, zahlen die Unternehmer in den meisten Ländern nur freiwillige Versicherung keine Beiträge. Nur dort, wo, wie in Belgien, mit der Arbeitslosenversicherung eine Altersversicherung oder etwas Ähnliches verbunden ist, zahlen die Unternehmer in den meisten Ländern einen geringen Zuschuß.

In Deutschland sind die Dinge immer bekannt, daß es die Ausnahme des „Geheimnisses“ über die Arbeitslosenversicherung“ nur notwendig ist, kurz darauf zu erinnern.

Am ersten Tage ihres Vorkommens erlebten die Volksbeauftragten die „Verordnung über die Arbeitslosenfürsorge“ vom 11. November 1918. Die Kosten der Arbeitslosenfürsorge wurden von den Gemeinden aufgebracht. Die Arbeitslosen hatten ein Mitspracherecht. Durch den Zusammenschluß der Arbeitslosenräte nach Wirtschaftsgebieten und Ländern und durch das Abhalten von Konferenzen übten sie einen starken Einfluß auf die Gemeinden und Regierungen aus. Diesen Einfluß nutzten sie auch zu anderen Zwecken, indem sie die Forderungen der Regierungen ablehnten und nicht zuletzt der reformistischen Gewerkschaftsführer. Eine Reihe von Verordnungen schränkte dann auch den Einfluß der Arbeitslosenräte und den Kreis der Unterstützungsberechtigten ein. Der im Jahre 1920 von der Regierung ausgearbeitete Geheime Entwurf wollte den Krankenkassen die Kosten und die Auszahlung der Unterstützung übertragen. Es war dies der erste Entwurf, der nicht mehr von einer Arbeitslosenfürsorge, sondern von einer Versicherung sprach. Der allzu große Widerstand von allen Seiten zwang die Regierung, diesen Entwurf verschwinden zu lassen. 1923 kam die Regierung mit einem neuen Entwurf. Danach sollte die Krankenkasse die Auszahlung übernehmen, die Arbeitsnachweissämter aber die maßgebende Instanz für die Arbeitslosen bilden. Auch hiergegen waren die Widerstände im Reichstag zu groß, daher legte der Reichspräsident Ebert mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes die wesentlichen Teile des Geheimentwurfes in Kraft.

Es sind dies die Verordnungen vom 13., 15. und 26. Oktober 1923. Dadurch wurden die Arbeiter und Unternehmer zur Aufbringung der Mittel für die „Arbeitslosenfürsorge“ verpflichtet. Allen Beschäftigten wurde 1 Prozent vom Lohn in Abzug gebracht. Wurden sie bei Arbeitslosigkeit für „bedürftig“ befunden, so hatten sie Anspruch auf Unterstützung. Große Summen wurden dadurch angelamelt und den Unternehmern zu niedrigen Zinsen geliehen. Zur Zeit beträgt der Abzug 1 1/2 Prozent für jeden Arbeitnehmer. Die Verordnung ist noch in Kraft.

Der jetzt dem Reichswirtschaftsrat und Reichsrat vorgelegte „Geheimentwurf über die Arbeitslosenversicherung“ bringt eine weitere Verschärfung der bisherigen Zustände. Er hat folgende Grundzüge:

1. Er lehnt die Fursorgepflicht des Staates für Arbeitslose ab.
2. er wälzt alle Lasten der Arbeitslosenfürsorge auf die Arbeiter ab.
3. er umfaßt nur die Versicherten.
4. er scheidet von vornherein breite Schichten von der Versicherungspflicht aus.
5. er gewährt den Versicherten nur dann Unterstützung, wenn bestimmte Verpflichtungen erfüllt sind.
6. er vermindert die bisherigen Leistungen der Arbeitslosenfürsorge.
7. er begrenzt die Dauer der Leistung an Arbeitslose sehr eng.
8. er überträgt die Verwaltung der Bürokratie.

Versicherungsträger der Arbeitslosenversicherung sind Landesarbeitslosenämter. Sie werden mit den Landesämtern für Arbeitsvermittlung gebildet und sind rechtskräftig. Die Organe der Landesarbeitslosenämter bilden zugleich die Organe der Landesarbeitslosenämter. Die letzteren aus einem Ausschuß (Vorsitzender und je ein Arbeiter und Unternehmer) und einem Vorstand (Vorsitzender und je drei Arbeiter und Unternehmer). Der versicherte Arbeitslose kann eine Spruchkammer anrufen, die aus dem Vorsitzenden des Oberstufenprüfungsamtes und je einem Arbeiter- und Unternehmervertreter dieses Amtes besteht. Beim Reichsamt für Arbeitsvermittlung wird eine Reichsausgleichsstelle gebildet, die in der gleichen Weise zusammengesetzt und veranlagt wird wie die Landesarbeitslosenämter und die als zentrale Instanz gilt.

Die Versicherungspflicht erstreckt sich auf alle Beschäftigten, die nach der Reichsversicherungsordnung oder nach dem Reichs-Invalidengesetz für den Fall der Krankheit pflichtversichert sind. Da die Versicherungspflicht in den Krankenkassen aufgehoben ist, wenn Lohn oder Gehalt eine bestimmte Höhe erreicht haben, sind viele Beschäftigte von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen. Ebenso sind von vornherein ausgeschlossen der größte Teil der Land- und Forstarbeiter und der Rinnen- und Kantenarbeiter, die auf Beteiligung am Gang beschäftigt sind. Ferner sind ausgeschlossen alle Arbeiter und Angestellten, die einjährige Verträge oder monatliche Kündigungskontingente haben, sowie alle Lehrlinge bis 6 Monate vor Beendigung der Lehrlingszeit.

Die Versicherungsleistungen sind gegenüber dem bisherigen Zustand wesentlich vermindert. So lautet z. B. der § 41:

- Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, wer
1. arbeitsfähig, arbeitswillig, aber unfreiwillig arbeitslos ist,
 2. die Anwartschaft erfüllt hat,
 3. den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung noch nicht erloscht hat.

Pflichtarbeit für unterstützungsberechtigte Arbeitslose ist erneut gesetzlich festgelegt. Die Gewährung von Unterstützung ist bei Arbeitslosen unter 21 Jahren und bei langfristigen Arbeitslosen von einer Arbeitsleistung abhängig.

Anspruch auf Unterstützung hat, wer in den letzten 12 Monaten 26 Wochen in einem versicherungspflichtigen Berufsstufe war. Krankheit oder Gefährdung ist nicht in den 12 Monaten nicht anzurechnen. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen ist nur eine 13wöchige, versicherungspflichtige Beschäftigung innerhalb der letzten 12 Monate nötig, um die Anwartschaft auf Unterstützung zu haben. Der Anspruch ist erloscht, wenn der Arbeitslose in den letzten 12 Monaten für insgesamt 26 Wochen Unterstützung erhalten hat. Die Reichsausgleichsstelle kann die Höchstdauer der Unterstützung für bestimmte Berufsstände auf 13 Wochen herabsetzen oder über 26 Wochen verlängern.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung richtet sich nach dem Einheitslohn der Lohnklasse, in der der Arbeitslose während der letzten 3 Monate Beiträge gezahlt hat. Vorgezogen sind 3 Lohnklassen.

Die Aufbringung der Mittel für die Arbeitslosenunterstützung ist in 6 Rhythmen geregelt. Durch die Beiträge müssen auch die Kosten für die Landesarbeitslosenämter und zwei Drittel der Kosten für die öffentlichen Arbeitsnachweise und die Landesämter für Arbeitsvermittlung aufgebracht werden. Bisher werden diese Kosten von den Gemeinden und Regierungen aus allgemeinen Mitteln bestritten. Die Beiträge sollen von Arbeitern und Unternehmern je zur Hälfte entrichtet werden.

* Siehe Die Rote Gewerkschaftsinternationale, 6. Jahrgang Nr. 2 (61) Febr. 1928 S. 114, Georg Schumann, „Die Arbeitslosenfürsorge in Deutschland und die Gewerkschaften“.

werden. Die Höhe des Beitrages soll solange 2 Prozent des Lohnes betragen, bis die Reichsausgleichsstelle eine Summe angelamelt hat, die für 200.000 Arbeitslose drei Monate ausreicht. Erst dann kann eine Herabsetzung des Beitrages von der Reichsausgleichsstelle verfügt werden. Die Beiträge werden von den zuständigen Krankenkassen zugleich mit den Krankentagebeiträgen erhoben.

Der ganze reaktionäre Charakter dieses Geheimentwurfes ist offensichtlich.

Arbeitsfähig muß der Arbeitslose sein, wenn er Unterstützung fordert. Ärztliche Untersuchung kann angeordnet werden. Erklärt der Vertrauensarzt der Landesarbeitslosenämter den Arbeitslosen für krank, dagegen der Vertrauensarzt der Krankenkasse ihn für arbeitsfähig, so gewährt ihm keine Rente Unterstützung.

Der Arbeitslose muß arbeitswillig sein. Er muß also auch außerhalb seines Wohnortes und getrennt von seiner Familie nachgewiesene Arbeit annehmen, oder er erhält vier Wochen lang keine Unterstützung.

Pflichtarbeit ist gesetzlich festgelegt. Erst arbeiten und Beiträge bezahlen, um überhaupt Unterstützung zu erhalten und dann bei Arbeitslosigkeit Pflichtarbeit zu leisten, um sich die Unterstützung zu verdienen, das ist der Charakter dieser Arbeitslosenversicherung.

Die Arbeitslosigkeit muß „unfreiwillig“ sein. Jeder Unternehmer, jeder Arbeiter kann einen Arbeiter solange schikaniaieren und schuldig sein, bis er aufhört. Der Arbeiter erhält dann abendwärts die ersten 4 Wochen keine Unterstützung. Die Unternehmer werden unbeliebten Arbeitern gegenüber immer davon Gebrauch machen. Streikende und Ausgesperrte werden nicht unterstützt. Für Arbeitslosigkeit, die „normale“ verursacht ist durch Streik oder Aussperrung, gibt es keine Unterstützung. Wenn also die Arbeitgeber streiken und die Unternehmer erklären, die Entlassungen der anderen Arbeiter erfolgen wegen Kostenmangel, hervorgerufen durch den Streik der Arbeitgeber, gibt es für die Entlassenen keine Unterstützung während des Streiks. Damit wird eine Arbeiterkategorie gegen die andere ausgespielt und den Streikenden der Kampf erschwert.

Für dieses Gesetz sehen sich SPD und ADGB ein. Sie benutzen bei ihrer Agitation den Widerwillen breiter Arbeiterschichten gegen die öffentliche Fursorge. Sie sagen den Arbeitern nicht, daß auch dort eine Wende möglich ist. Wohl nicht in der Weimarer Verfassung, daß jeder Deutsche ein Recht auf Arbeit, oder, wenn ihm diese nicht gegeben werden kann, auf ausreichende Fursorge hat; aber wer will heute von den Vätern dieser Verfassung daran erinnert sein?

Der Bourgeoisie ist es nicht möglich, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Sprunghaft steigen die Zahlen der Arbeitslosen. In allen Ländern droht das Meer der Arbeitslosen. Alle Versuche, mit Unterstützung irgendwelcher Art zu helfen, werden auf die Dauer nicht ausreichen. Die Arbeitslosen bilden eine Gefahr für den Bestand der kapitalistischen Weltordnung. Für die herrschende Gesellschaftsform bedeutet daher die Unterstützung nur eine Verminderung des Druckes, die Deckung eines Ventils. Sie wollen ihre Wirtschaft wieder aufbauen. SPD- und Gewerkschaftsführer treten ebenfalls ein für diesen Aufbau. Sie sind für Nationalisierung, obwohl kapitalistische Nationalisierung weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit bedeutet. Zum anderen trifft die Bourgeoisie mit Unterstützung von rechts- und linkssozialdemokratischen Ministern, Landräten und Polizeipräsidenten alle Vorbereitungen, irgendwelche Aufhebung der zur Verweilung getriebenen Arbeitslosen blutig niederzuschlagen.

In allen Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen, in allen Arbeitslosenversammlungen muß zu den Fragen der Arbeitslosenunterstützung gesprochen werden. Die reformistischen Gewerkschaftsführer müssen gezwungen werden, zu bekennen, daß sie mit der Bourgeoisie und ihrem Arbeitslosenversicherungsgesetz oder mit den Arbeitern gegen das Gesetz und damit gegen weitere Verschlechterungen der Lage der arbeitenden Bevölkerung sind.

Der Kongreß der Werktätigen hat klare Forderungen und Kampfsiele aufgestellt. Diskutiert darüber in allen Versammlungen! Fordert die Behinderung weiterer Betriebsstilllegungen! Verhindert weiteren Lohnabbau! Verlangt Einreichung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß! Tretet ein für die 42-Stunden-Woche! Verlangt die Festsetzung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und das Eintreten für den Geheimentwurf der kommunistischen Reichstagsfraktion, der dem Reich die Fursorgepflicht für die Arbeitslosen auferlegt!

Die kommenden Betriebsräte, Vertrauensmänner- und Ortsverwaltungswahlen bieten die Möglichkeit, in diesen Versammlungen darüber eine Entscheidung herbeizuführen. Schafft die geschlossene Front aller Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie! Vorwärts! Handelt, ehe es zu spät ist!

Gewerkschaftliches

APD-Holzarbeiterfraktion Dresden. Die für Mittwoch, 19. Jan., angelegte Kopfschlag fällt aus.

BUDJONNYS REITERARMEE

Erzählungen von J. Babel

(Übersetzt aus dem Russischen von Dmitrij Umanoff)

(85. Fortsetzung.)

Und sie rief sich wieder den Rücken an der Türe und was sie über ihren Sohn der mit Lumpen wuschelt in dem großen Bett unter dem Heiligenbild lag und schnarchte. Der Knabe war ein Stummer mit einem aufgedunnenen, weißen Kopf und gigantischen Füßen, gleich denen eines erwachsenen Bauern. Die Mutter pustete ihm die schmutzige Nase und ging zum Tisch zurück.

„Wie Frau“, sagte Solchta darauf und legte die Hand auf ihre Schulter, haben Sie Lust? Ich kann Ihnen den Gefallen tun...“

„Aber die Frau tat, als ob sie keine Worte nicht gehört hätte.“

„Ich habe überhaupt keine Suppe gesehen“, sagte sie und wuschelte mit der Hand ihre Wangen. „Von meiner Suppe ist schon längst nichts mehr da. Immer drohen mir die Leute mit der Waffe; und kommt mal ein guter Mensch, mit dem ich mich zerstreuen könnte, — ach, ich bin schon so ausgemergelt, daß ich an der Sünde keine Freude mehr finde...“

So sagte sie mit mühsam gedehnter Stimme. Dann machte sie etwas und schob den stummen Knaben an die Wand. Solchta legte sich mit ihr auf die Bettlumpen. Und ich verfrüchte einzuschlafen; ich dachte mir Träume aus, um mit schönen Gedanken einzuschlafen.

Bericht.

Genosse Untersuchungsrichter Burdjonko. Auf Ihre Frage antwortete ich, daß ich die Parteilegitimation Kammer Bierundzwanzigstimmig besitze, ausgestellt vom Parteikomitee in Krasnodar für Nikita Sotnikow. Zu meiner Lebensbeschreibung

bis 1914 erkläre ich, daß mein Leben ein häusliches war, da ich mich bei meinen Eltern mit Landarbeit beschäftigte und vom Acker weg in die Reihen der Imperialisten ging, um den Bürger Polkarew und die Henker der deutschen Revolution, Ebert und Noske, zu verteidigen, die, wie's scheint, gefolgt hatten und höchstens im Traume eine Vorstellung davon hatten, wie man meinem Heimaltsdorf „Sankt Jwan“ in Kuban wirklich Hilfe bringen könnte. Und so jag ich die Schnur so lang hin, bis Genosse Lenin zusammen mit dem Genossen Trotski mein tierisch gewordenes Bajonett zur Umkehr brachte und es auf die ihm bestimmten Gebärme, auf neue, bequemere zu treffende Eingeweide richtete. Seit damals trage ich die Nummer Bierundzwanzigstimmig am Ende meines wachsamem Bajonetts, und es ist beschämend genug und wirklich lächerlich, jetzt von Ihnen, Genosse Untersuchungsrichter Burdjonko, ein so unanständiges Gespräch über das unbekannte Spital in R. zu hören. An dieses Spital kümmerte ich mich nicht im geringsten, gar nicht davon zu reden, daß ich darauf geschossen, aber es überfallen hätte, was überhaupt ganz unmöglich gewesen wäre; denn mir alle drei, nämlich Genosse Solowizyn, Genosse Kustow und ich, waren verwundet und spürten in unseren Knochen heftiges Fieber. Wir überfielen das Spital nicht, sondern standen nur in Spitalgewandern inmitten des freien Volkes südländischer Nationalität auf dem Stadtplatz und meinten. Und was die Beschädigung der drei Glascheiben angeht, die wir mit unseren Offiziersrevolvern zertrümmert haben, so sage ich aus tiefstem Herzen, daß diese Glascheiben ihrer Bestimmung nicht entsprachen, da diese Fenster einer Vortragskammer angehört, wo sie ganz zwecklos waren. Und Doktor Jzewin, der aus dem Spitalfenster unsere Schießerei sah, sagte nur über uns in einem fort, was ebenfalls die oben erwähnten freien Juden des Dretes Kolin bestätigen können. Gegen Doktor Jzewin gebe ich, Genosse Untersuchungsrichter, auch noch das Material an, daß er über uns auch schon damals gelacht hat, als wir drei Verwundete, nämlich Genosse Solowizyn, Genosse Kustow und ich, ins Lazarett eingeliefert wurden, und er gleich bei den ersten Worten gar zu grob zu uns sagte: „Krieger, nehmt jeder ein Bad, legt

sofort eure Waffen und Kleider ab, ich fürchte, daß sie Ansteckung verbreiten könnten und will sie unbedingt zur Desinfektion bringen lassen.“ Und als so Kamerad Kustow vor sich ein Tier, nicht aber einen Menschen sah, stellte er sein geschmetteltes Bein vor und fragte, wen denn ein harter Kubaner Säbel aufstecken könnte, außer den Feind unserer Revolution, und er interessierte sich auch, über die Desinfektion etwas zu erfahren, ob sich bei den Sachen dort wirklich ein Parteilobstafel befände oder umgekehrt einer von der parteilosen Masse. Und da merkte Doktor Jzewin offenbar, daß wir den Bericht sehr gut zu durchschauen verstanden. Er lehnte uns den Rücken und lächelte uns lächelnd ohne ein Wort zu sagen, in das Krankenzimmer zurück. Wir humpelten mit unseren zerfallenen Beinen hinein, hielten mit unseren verkrüppelten Händen und hielten uns gegenseitig fest, da wir doch alle drei Landleute aus dem Kosakendorf „Sankt Jwan“ sind, nämlich: Genosse Solowizyn, Genosse Kustow und ich, Landleute mit dem gleichen Schicksal; wer ein zerfallenes Bein hatte, stützte sich auf den Arm des Genossen, und wenn eine Hand fehlte, der schloß sich an die Schulter des Genossen. Wir gehorchten dem gegebenen Befehl und gingen in das Krankenzimmer, wo wir Kulturarbeit und Singende an die Sache vorzuführen erwarteten; aber es ist interessant, zu erfahren, was wir im Krankenzimmer fanden: Wir sahen dort Notarinnen, ausschließlich Infantarie, die auf den Betten saßen und Dame spielten, und an den Fenstern hängen hochgewachsene Krankenschwestern und lächelten nach links und rechts. Als wir das sahen, blieben wir wie vom Blitz getroffen stehen.

„Sind ihr mit dem Krieg fertig, Kinder?“ rief ich den Beobachtern zu.

„Fertig!“ antworteten die Verwundeten und zogen mit den aus Brot hergestellten Figuren.

„Zu früh“, antwortete ich den Verwundeten. „zu früh seid ihr mit dem Krieg fertig, Infantaristen, wo der Feind fünfzehn Kilometer vor hier auf weißen Füßen heranschleift, und wo man in der Zeitung „Der Rote Kavalerist“ über unsere internationale Lage lesen kann, daß sie überdies ist, und daß der Horizont voll Wolken steht.“ (Fortsetzung folgt.)

B

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte für Dresden und Umgegend

B

ALTSTADT

Dresdner Fischhallen Dresden, Webergasse 17

Reserviert

POSENDORF b. Dr.

Carl Weise, Inh. Georg Weise Uhren - Goldwaren - Optik

LEUBEN

Robert Müller Manufaktur- u. Modetwaren

FRIEDRICHSTADT

Fritz Kiefer, Schäferstr. 93 Lebensmittel

Kolonialwaren / Lebensmittel Adolf Neumann, Weidertstraße 74

KONIGSBRÜCK

Eugen Martin, Mittelstr. 2 Besonders billig in Textilwaren und Zirkofagen

DOHNA

Perrenfonjektion, Tricotagen, Wolle, Strumpfwaren, Wäsche

Tabakhaus Carl Gießen Nachf., Königsstraße 30

Koffereiprodukte / Kolonialwaren Ernst Helber, Königsstraße 26/27

Paul Kadner, Königsstraße 1 empfiehlt Fleisch- und Wurstwaren

SEBNITZ

W. Reinhard Schmidt, Inh. M. Raschig Hartigswalder Str. 18, Arbeiterk. Kleider, Wäsche

Reserviert Josef Tonkrat

Friedrich Schade & Sohn Bijouterie, Juweliers, Haus- und Küchengeräte

Besthaus „Nordvorstadt“, Albin Frenzel Neustädter Str. 10, Verkauf, d. Arbeitssch.

Emil Häcker, Markt 2 Wollwaren und Herren-Artikel

Walter Schade, Kitzstr. 14 Haus- und Küchengeräte, Spielwaren

Plite, Wägen, Filzwarenlager Kurt Richter jr., Langestraße 54

Fritz Böer, Brot- und Weißbäckerei, Derschelwälder Straße

Ernst Th. Böhme, Markt Glas, Porzellan, Spielw., Rauchtab.

Franz Bersach, Schuhhandel u. Besohl-Anstalt, Hartigswalder Str. 2D

WEINBOHLA

Schnitt, Weiß, Manufakturwaren, Glas, Porzellan, Spielw., Rauchtab.

August Reinhold, Herren-Zetteln, Erlangen, Wäsche, Strumpfwaren

Herbert Bomper, Bahnhofstr. 7 Haus- u. Küchengeräte, Leder- u. Spielw.

Schuhwarenhaus Ernst Schröder, Schwanenstraße, Hauptstr. 6

Richtspiele Weinbühla, angeschlossen ist betriebl.

Osar Händel, Hauptstr. 24 Haus- und Küchengeräte, Eisenwaren / Dosen / Herde

Schuhwarenhaus Eichter, Bahnhofstr. 6 Reparaturen

Schweinefleischerei Ernst Böde, Weinbohl 6, Eingang, Hauptstr. 26/27

CENTRAL-THEATER TUNNEL Täglich Große Operetten-Vorstellung Alles Nähere siehe Anschlagtafeln

LEUBEN

Warenhaus Kurt Heinze Dresden-Leubener, Stephensonstr. 16

Restaurant Stadt Dresden, Inh. B. Hauptvogel, Nordstraße 36

En gros Schokolade En detail Meta verw. Rogge, Belgische Bezugsquelle, Weißeritzstr. 42

Kolonialwaren, Lebensmittel PAUL DIETRICH, Wachsbleichstraße 53

O. P. VOGT, Drogen- und Farben-Handlung, Pflanzhauerstraße, Ecke Arnoldstraße

EMIL THOMEL, Haus- u. Küchengeräte - Werkzeuge, Pflanzhauerstraße 18

Sanitätshaus Johannstadt, Artikel für Kranken- u. Säuglingspflege, Pflanzhauerstr. 3

Trinkt einheimische Erzeugnisse! Dresdner Felsenkeller Pilsner

PIRNA

Das führende Spezialgeschäft für sämtliche Molkerei-Produkte ist Helmsdorfer Molkerei Am Markt

Woldemar Friedrich Nachf., Inh. H. König, Markt 9 Kolonialwaren u. Staatslotterieleinnahme

32 PAUL WEISS 32, Dohnaische Straße Herren-, Burschen- und Kleider-Bekleidung

Reste-Centrale, Lange Str. 39

Wilhelm Baege, Marktgasse

Ewald Kluge, Lange Str. 17 Möbel u. Dekorationen

Butter, Eier, Käse, E. Jüttler Nachf., Dohnaische Str. 31

Palast-Theater, Amtegerichstr. 6

Butter, Eier, Käse, E. Jüttler Nachf., Dohnaische Str. 31

Palast-Theater, Amtegerichstr. 6

Trinkt Freiburger Silberquell, Bürgerliches Brauhaus A.-G., Freiberg

Bernhard Mann, Kohlen, Briketts, Holz

Schokoladen / Kakaos Paul Kühn, Obermarkt 18

Kleiderstoffe, Wäsche / Linoleum, Louis Mehner

Billigste Bezugsquelle für Herren- und Knaben-Bekleidung Zur Zentrale

Clemens Jaesing, Obermarkt 21 Kleiderstoffe, Wäsche, Gardinen, Linoleum, Möbelstoffe

KOTZSCHENBRODA

Palast-Theater, Vornehmste u. schönste Lichtbildbühne der Löbnitz

Zigarrenhaus Oswald Schöttner, Bahnhofsstr. 1

Optiker R. Winkler, Moritzburger Str. 8 Spezialabteilung für Radio und Photographie

Karl Pittius, Bahnhofstr. 11 Buch-, Papier-, Leder- und Spielwarenhandlung

COPITZ

A. Mehlhorn, Moderne Bildnisse, Postkarten, Lichtbilder, Hauptstr. 14 Vergrößerungen

Otto Süßmilch, Hauptstr. 29 Uhren und Schmuckwaren aller Art

JOHANNSTADT

Kolonialwarenhaus Carl Kauschke Nachf., Sächs. Staatslotterie-Einnahme

M. Böhme, Inh. Robert Lehmann, Striepenstr. 33

Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

COSWIG

Martha Dinfert, Johannestraße, Weiß- u. Wollwaren, Dinauer Str. 10

Bierhandlung u. Neucoswig, Markt, Bier- u. Selters- u. Limonaden

Schuhhaus Glädner, Bahnhofstr. 4

Paul Thomas, Bahnhofstr. 6 Damen-, Herren-, Kinderkonfektion

Ida verw. Voigt, Hauptstraße 5 schaff- und Wollwaren, Tricotagen

BRAND ERBISDORF

Oscar Schramm, Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei

Biergroßhandlung u. Fabrik alkoholfreier Getränke

FRANZ TREXLER, empfiehlt Biere der Raabeberger Exportbierbrauerei

Robert Lommatzsch, Hefe, Mülsen, Filzwaren, Pelze

Modehaus M. Emmrich

Alma Neubert, Weiß-, Woll- u. Manufakturwaren

Paul Grellmann, Grün- u. Fischwarengeschäft

Zigarrenhaus Hans Neubert, Brand-Erbisdorf

Freiberg, Reserviert

Franz Masuhr, Bahnhofstr. 33

Leder-Ausschnitt Geschäft, H. Helbig, Theatergasse 4

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.